

Dirty Profits 5

Unser Wohlstand auf Kosten
von Mensch und Umwelt!?

INHALT

Unser Wohlstand auf Kosten von Mensch und Umwelt!? 4

Was passiert mit Ihrem Geld? 5

Wie fair ist Ihre Bank? 6

Portraits kontroverser Unternehmen:

Bayer AG (Deutschland) 13
BP PLC (Großbritannien) 14
Centerra Gold Inc (Kanada) 15
Freeport-McMoran Inc (USA) 16
G4S PLC (Großbritannien) 17
Hanwha Corp (Südkorea) 18
Hewlett Packard Enterprise Co (USA) 19
Leonardo SpA (Italien) 20
Mylan NV (Niederlande) 21
MMC Norilsk Nickel PJSC (Russland) 22
SNC-Lavalin Inc (Kanada) 23
Tahoe Resources Inc (Kanada) 24
Volkswagen AG (Deutschland) 25
Wilmar International Ltd (Singapur) 27

Ihre Rente auf Kosten von Mensch und Umwelt!? 28

Was Sie tun können! 30

“Die Finanzindustrie ist einer der wichtigsten Akteure für die Erreichung der globalen Klimaziele. Als Verbraucher haben wir Einfluss auf den Finanzmarkt – also sollten wir ihn nutzen, und zwar durch unsere persönlichen Entscheidungen: Wo habe ich mein Girokonto, wie lege ich mein Geld an? Für jede Anlageform gibt es eine nachhaltige Alternative – egal, ob Sparbuch, Tagesgeld oder Investmentfonds. Um ethisch-ökologische Geldanlagen aus der Nische in den Mainstream zu holen, ist es wichtig, dass wir Verbraucher uns über die Wirkung der eigenen Finanzanlagen bewusst werden.“

— Dr. Annabel Oelmann
Verbraucherzentrale Bremen e.V.

Unser Wohlstand auf Kosten von Mensch und Umwelt!?

**Liebe Bankkundin, lieber Sparer,
liebe Verbraucherinnen und Riesterkunden!**

Haben Sie jemals darüber nachgedacht, was eigentlich mit dem Geld passiert, welches Sie bei Ihrer Bank einzahlen beziehungsweise in Ihre Altersvorsorge investieren? Oder gehören Sie bereits zu denjenigen, die nicht von Menschenrechtsverletzungen, Ausbeutung, Umwelt- und Klimazerstörung profitieren wollen? Falls nicht, dann hoffen wir mit dieser Broschüre Ihr Interesse für einen verantwortungsvollen Umgang mit finanziellen Ressourcen, also mit Ihrem Geld, zu gewinnen. Die Zahl der Menschen, die ihr Geld für nachhaltige Produkte ausgeben bzw. nachhaltig anlegen und investieren wollen bzw. investieren wollen wächst rasant, doch sie ist insgesamt noch sehr gering.

In Zahlen bedeutet das: Das Volumen nachhaltiger Kunden- und Eigenanlagen in Deutschland wird auf insgesamt 71,2 Milliarden Euro geschätzt. Das klingt viel, nimmt sich aber im Vergleich zum Volumen aller Fonds und Mandate in Deutschland (2014) mit 2,38 Billionen Euro eher bescheiden aus.

Bei anderen Konsumentenentscheidungen z.B. bei Lebensmitteln und Kleidung achten viele Menschen mittlerweile sehr auf das, was sie kaufen und wählen sehr häufig nachhaltig erzeugte (Bio-)Produkte oder Waren aus der Region. Millionen Verbraucherinnen und Verbraucher beziehen seit geraumer Zeit bereits regenerativ erzeugten Strom, nutzen benzin-sparende Fahrzeuge oder wechseln aus Umweltgründen gleich zum öffentlichen Nahverkehr. Warum funktioniert das nicht bei unserem Geld?

Wir müssen auch hier beginnen umzudenken und mehr Verantwortung für unser Geld übernehmen. Um einen verantwortungsvollen Umgang mit unserem Geld sicherzustellen, müssen wir Finanzinstitutionen genau auf die Finger schauen und Transparenz einfordern!

Banken und Investoren und deren Umgang mit Geld spielen eine zentrale Rolle bei der Transformation hin zu einer nachhaltigeren Wirtschaft. Deshalb müssen soziale und ökologische Kriterien ein unverzichtbarer Bestandteil ihrer Geschäftsmodelle sein. Sollten Banken dazu nicht bereit sein, müssen wir – ihre Kunden – sie dazu drängen oder zu einer anderen Bank wechseln.

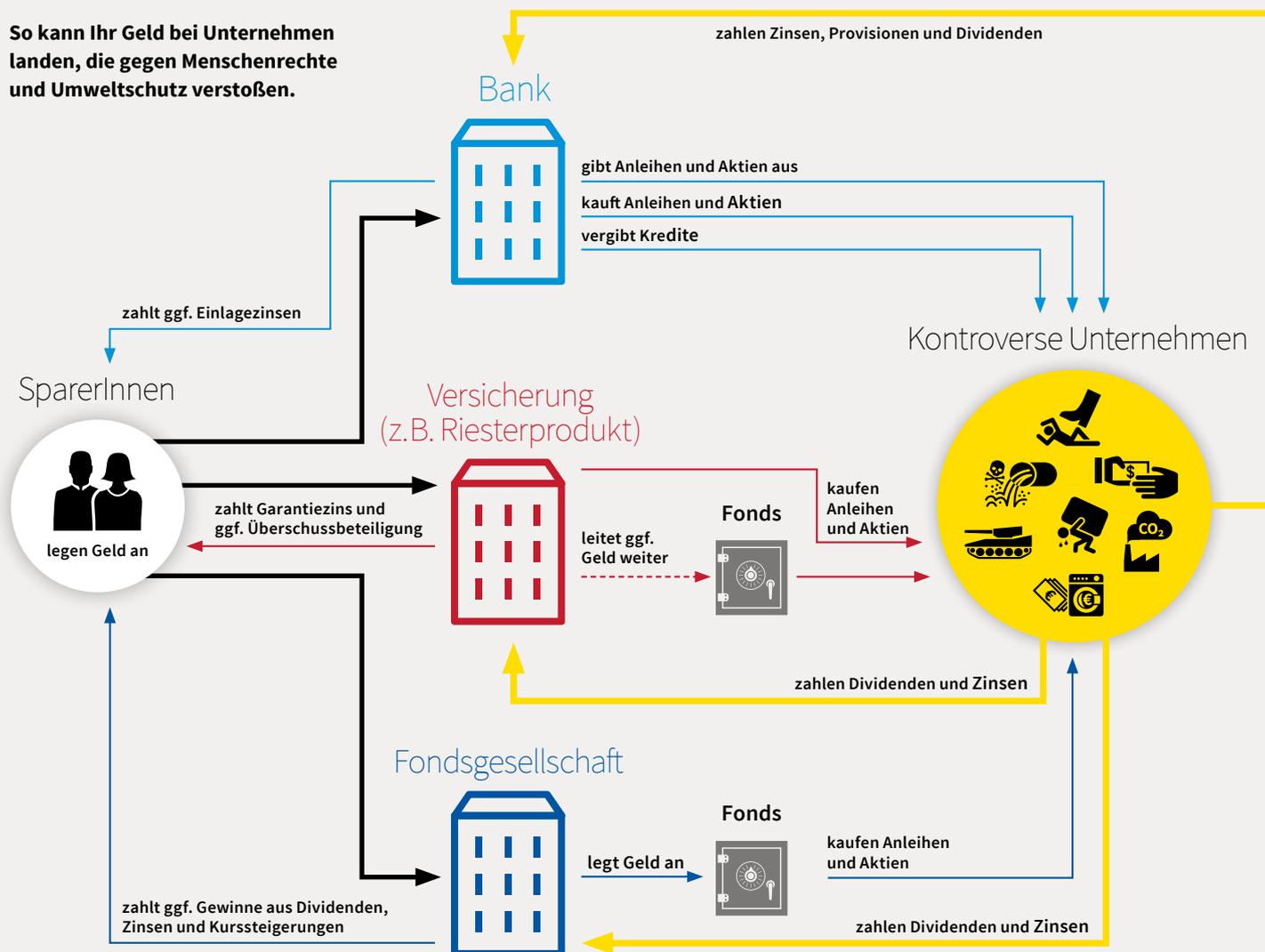
Wie dies zu bewerkstelligen ist, worauf Sie dabei achten müssen und welche Unternehmen, Finanzdienstleister oder Rentenanbieter kritisch zu bewerten sind, finden Sie in dieser Broschüre beantwortet. Beispielhaft zeigen wir 14 Unternehmen, die gegen Menschenrechte verstoßen, Umweltschäden oder Ausbeutung z.B. von Kindern zu verantworten haben. Sie erfahren hier auch, wie deutsche Banken diese Praktiken unterstützen (finanzieren) und davon sogar profitieren.

Darüber hinaus können Sie sich auch online informieren. Ihnen steht unser umfassendes Web-Angebot zur Verfügung und natürlich beantworten wir auch gern Ihre Rückfragen. Wir hoffen Ihr Interesse für einen verantwortungsvollen Umgang mit finanziellen Ressourcen geweckt zu haben.

Danke!

Was passiert mit Ihrem Geld?

So kann Ihr Geld bei Unternehmen landen, die gegen Menschenrechte und Umweltschutz verstoßen.

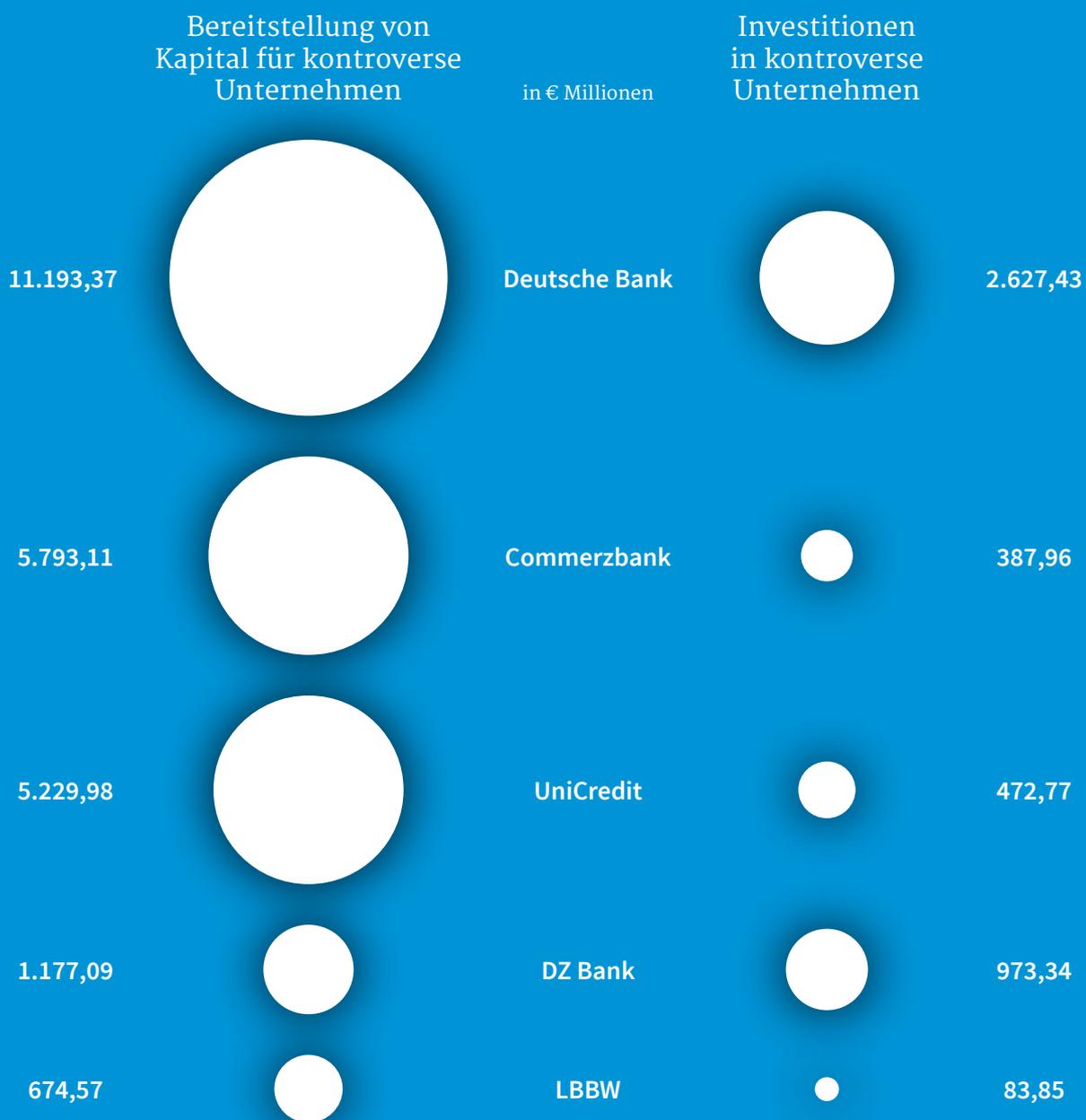


Sollten wir uns als Bankkunde oder AktiensparerIn nicht eigentlich viel öfter fragen, ob wir mit unseren Spareinlagen, Versicherungen und Aktienkäufen nicht auch von Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung profitieren? Oder hat Ihre Bank Sie schon einmal darauf aufmerksam gemacht, dass sie Ihr Vermögen gern auch mal an Waffenhändler oder Klimasünder verleiht?

Immer mehr BankkundInnen stellen sich diese Fragen. Zu Recht, denn das Geld der Kundschaft fließt – allzu oft ohne deren Wissen – unreguliert in Unternehmen, die die Umwelt oder das Klima schädigen, Menschenrechte verletzen, Waffen herstellen oder mit Nahrungsmitteln spekulieren. Fast 50% der Deutschen würden ihre Bank wechseln, wenn sie wüssten, dass sie Rüstungsunternehmen finanziert oder in diese investiert. 56% würden wechseln, wenn sie wüssten, dass ihre Bank Personen und Unternehmen (z.B. mittels Briefkastenfirmen) dabei hilft, Steuern zu umgehen.

Dennoch profitieren sowohl die Banken als auch die KundInnen von diesen kontroversen Geschäften durch Provisionen, Dividenden und Zinszahlungen. Viele Banken hierzu-lande haben in den letzten Jahren versucht, kritische KundInnen und Medien mit freiwilligen Selbstverpflichtungen zu beruhigen, die ihre Geschäfte in sensiblen Sektoren beschränken sollen. Doch leider sind derartige Selbstverpflichtungen oftmals nicht umfassend genug, enthalten gravierende Schlupflöcher oder werden einfach nicht angewendet, sodass Fehlinvestitionen nicht wirksam verhindert werden.

Wie fair ist Ihre Bank? Deutsche Banken auf dem sozial-ökologischen Prüfstand





Wir haben die Finanzbeziehungen von zehn ausgewählten deutschen Banken zu 14 Unternehmen zwischen Januar 2013 und August 2016 untersucht. Dabei wurden zum einen Kredite und die Ausgabe von Aktien und Anleihen (Bereitstellung von Kapital) berücksichtigt, zum anderen die Investitionen in Wertpapiere (Aktien und Anleihen) dieser Unternehmen analysiert, beispielsweise durch bankeigene Fonds. Die Profite der Banken speisen sich aus Zinsen, Dividenden und Provisionen.

Der Schutz von Menschenrechten und Umwelt ist auch bei deutschen Banken angekommen – zumindest auf dem Papier. Viele Banken haben sich mittlerweile öffentlich dazu verpflichtet, die Einhaltung von Menschen-, Arbeitsrechten und Umweltstandards nicht nur in ihrem eigenen Haus zu gewährleisten, sondern sehen dies auch als Voraussetzung für Geschäfte mit ihren UnternehmenskundInnen. Sie unterstützen dafür internationale Abkommen (z.B. den UN Global Compact, die Leitlinien der OECD für multinationale Unternehmen, die UN Prinzipien für Verantwortungsvolles Investieren oder die Äquatorprinzipien) oder formulieren selbst eigene Nachhaltigkeitsrichtlinien. Leider sind diese Selbstverpflichtungen der Banken oft nicht umfassend bzw. transparent genug, enthalten gravierende Schlupflöcher oder werden nicht konsequent angewendet – und verhindern daher nicht, dass Banken kontroverse Unternehmen finanziell unterstützen, auch mit dem Geld der SparerInnen und BankkundInnen. Dies erfolgt entweder über Investitionen

in Unternehmens-Aktien und -Anleihen oder über die Bereitstellung von Krediten bzw. durch die Ausgabe von Aktien und Anleihen.

Wir haben für Sie die Richtlinien von ausgewählten Banken unter die Lupe genommen, diese den tatsächlichen Geschäftsaktivitäten gegenübergestellt und so die Wirksamkeit der Selbstverpflichtungen deutscher Geldhäuser geprüft. Das Ergebnis ist wenig überraschend: die Alternativ- und Kirchenbanken haben in der Regel umfangreiche Richtlinien, während die Selbstverpflichtungen der Deutschen Bank, Commerzbank und Co. häufig oberflächlich und selektiv sind und nicht für alle Geschäftsbereiche und Produkte der Bank gelten.

Detaillierte Finanzdaten und Quellen sind der englischsprachigen Version des Dirty Profits 5 Berichtes, sowie unseren Projekten fairfinanceguide.de und faire-rente.de zu entnehmen.

LEGENDE

	Verstoß gegen Menschenrechte
	Verstoß gegen Arbeitsrechte
	Umweltzerstörung
	Beitrag zum Klimawandel
	Produktion kontroverser Waffen oder Lieferung von Waffen in Konfliktgebiete
	Korruption

Commerzbank

Nachhaltig bemühte Großbank mit Luft nach oben

Die Commerzbank hat eine Reihe von Positionen und Richtlinien erlassen, die ihren Umgang mit Menschenrechten und weiteren sensiblen Sektoren festlegen. Diese sollen dazu beitragen, dass die Bank „in ihrem Einflussbereich einen differenzierten Beitrag zur Förderung und zur Achtung der Menschenrechte“ leistet. Als erste deutsche Großbank hat die Commerzbank beispielsweise zum Teil Projektfinanzierungen für den Kohlesektor ausgeschlossen – d.h. sie vergibt keine Kredite mehr für die Errichtung neuer Kohleminen oder neuer Kohlekraftwerke. Die Finanzierung von Unternehmen die Kohleabbau betreiben wird jedoch nicht per se ausgeschlossen, ebenso wird von Kohleenergieerzeugern erst bis 2022 eine Umstellung des Geschäftsmodells erwartet. Die Richtlinien zum Kohlesektor gehen in die richtige Richtung – doch schließt die Commerzbank andere fossile Brennstoffe wie Öl und Gas nur sehr selektiv aus (bspw. Gewinnung von Öl aus Teersand, arktische Tiefseebohrungen). Im sensiblen Sektor Bergbau fehlen ebenfalls klar kommunizierte Ausschlusskriterien für Unternehmen, die wiederholt gegen Menschenrechte und Umweltauflagen verstoßen. Ebenso fallen die Richtlinien der Bank beispielsweise zum Thema „Giftstoffe“ unzureichend aus, da die Bank sich wiederholt an der Kapitalbeschaffung für den Pestizidproduzenten Bayer beteiligt hat, dessen Produkte als teilweise schädlich für Mensch und Umwelt eingestuft werden.

Die sozial-ökologische Performance der Bank liegt damit bei 39% (siehe www.fairfinanceguide.de):



Insgesamt hat die Commerzbank finanzielle Verflechtungen mit 11 der 14 in diesem Bericht untersuchten Unternehmen. Durch die Kapitalbeschaffung für Unternehmen wie Volkswagen (Automobil), BP (Öl & Gas) oder Norilsk Nickel (Bergbau & Metallurgie) trägt sie indirekt zur Umweltzerstörung und dem Klimawandel bei. Auch die Finanzierung des Rüstungsunternehmens Leonardo trägt zur Verletzung von Menschenrechten bei, da dieses Rüstungsgüter an Staaten des Nahen Ostens liefert, welche sich im bewaffneten Konflikten befinden.

Durch ihre Investitionen und Finanzierungen der untersuchten Unternehmen trägt die Bank in diesen Problemfeldern eine Mitverantwortung:

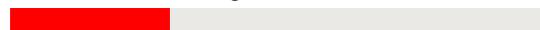


Deutsche Bank

Anspruch hui – Wirklichkeit oft pfui! Proklamierter Kulturwandel immer noch nicht in Sicht

Die Deutsche Bank hat ein Rahmenwerk zum Umgang mit Umwelt- und Sozialrisiken sowie eine Richtlinie zum Umgang mit Menschenrechten veröffentlicht. Demnach sollen „Geschäftsinitiativen mit potenziellen negativen Auswirkungen auf Umwelt oder Gesellschaft besonders sorgfältiger Prüfung unterzogen werden“, während zusätzlich interne Standards gewährleisten sollen, „dass bestimmte Transaktionen in sensiblen Sektoren ausgeschlossen werden können“. Doch bereits diese Selbstverpflichtungen lassen eine Vielzahl von risikoreichen Geschäftsbereichen unberücksichtigt und definieren beispielsweise keine Anforderungen an den Umgang mit Pharmaunternehmen, Überwachungstechnologie-Produzenten oder den Herstellern konventioneller Rüstungsgüter.

Die sozial-ökologische Performance der Bank liegt damit bei 30% (siehe www.fairfinanceguide.de):



Die Deutsche Bank steht mit 13 der 14 untersuchten Unternehmen in Verbindung. Durch die Bereitstellung von Kapital für Unternehmen wie Mylan (Pharma), Bayer (Agrar) und Volkswagen (Automobil) trägt sie unter anderem eine Mitverantwortung für Umweltverschmutzung, während die Finanzierung von Unternehmen wie Hewlett Packard (IT), Leonardo (Rüstung) indirekt zu Menschenrechtsverletzungen beiträgt bzw. diese erst ermöglicht. Obwohl Themen wie Umweltschutz und Menschenrechte in den Richtlinien der Bank zum Bergbausektor angesprochen werden, stehen die gefundenen Finanzierungen für Freeport-McMoRan und Norilsk Nickel in starkem Kontrast hierzu. Diese und andere Beispiele zeigen deutlich, dass die bestehenden Richtlinien der Deutsche Bank nicht ausreichen, um Finanzbeziehungen zu problematischen Unternehmen zu verhindern.

Durch ihre Investitionen und Finanzierungen der untersuchten Unternehmen trägt die Bank in diesen Problemfeldern eine Mitverantwortung:



DZ Bank

Genossenschaftliche Grauzonen

Die DZ Bank ist die Zentralbank der mehr als 1.000 Genossenschafts- und Raiffeisenbanken und stellt für diese Produkte (bspw. Fonds über die Union Investment) und Dienstleistungen (bspw. Liquiditätsausgleich) bereit. Die DZ Bank hat sich verpflichtet, bei ihren Finanzierungs- und Anlageaktivitäten den UN Global Compact sowie die internationalen Äquatorprinzipien einzuhalten. Letztere fordern gewisse Mindeststandards bei Projektfinanzierungen. Außerdem hat die Bank für sämtliche Kreditanfragen Nachhaltigkeitskriterien und auch einige Ausschlusskriterien formuliert. Allerdings fehlt eine klare Kommunikation durch die Bank, welche konkreten sozialen und ökologischen Kriterien bei der Prüfung von Kreditanfragen Anwendung finden. Dabei ist die Berichterstattung darüber von Union Investment, dem Vermögensverwalter der DZ Bank Gruppe, etwas besser als von der DZ Bank selbst. So fehlen z.B. konkrete Aussagen der Bank zum Umgang mit kontroversen Bergbauunternehmen, fossilen Brennstoffen oder auch den Produzenten konventioneller und kontroverser Waffen.

Die sozial-ökologische Performance der Bank liegt damit bei 32% (siehe www.fairfinanceguide.de):



Die DZ Bank hat finanzielle Verflechtungen mit mehr als der Hälfte der untersuchten Unternehmen. Obwohl die Bank angibt, Finanzierungen für Unternehmen auszuschließen „die gegen international anerkannte Prinzipien im Bereich der Menschen- und Arbeitsrechte verstoßen“, hat sie sich an Finanzierungen für Freeport-McMoRan (Bergbau) und Wilmar (Agrar) beteiligt und fördert somit indirekt die kontinuierliche Verletzung von Menschen- und Arbeitsrechten durch diese Unternehmen. Ebenso profitiert die Bank von der Kapitalbeschaffung für Volkswagen (Automobil) und von klimaschädlichen Investitionen in andere kontroverse Unternehmen wie BP (Öl & Gas) und Hewlett Packard Enterprise (IT).

Durch ihre Investitionen und Finanzierungen der untersuchten Unternehmen trägt die Bank in diesen Problemfeldern eine Mitverantwortung:



GLS Bank

Kein Befund mit leichten Mängeln

Die GLS Bank verwendet nach eigenen Angaben die (Spar-)Einlagen der Mitglieder und Kunden, um „Unternehmen und Vorhaben zu finanzieren, die unter ökologischen, sozialen und kulturellen Gesichtspunkten Besonderes leisten“. Die Bank hat sich den UN Prinzipien für Verantwortungsvolles Investieren (UN PRI) verschrieben und darüber hinaus detailliert ausgearbeitete Anlage- und Finanzierungsgrundsätze sowie Ausschlusskriterien für Themenfelder wie Klimawandel, Menschenrechte, Arbeitsrechte, Naturschutz und Wirtschaftspraktiken erlassen. Verbesserungsbedarf besteht noch bei der transparenten Berichterstattung über Geschäftspartner, welche gegen die sozialen und ökologischen Standards der Bank verstoßen. Der GLS Bank wurden keine finanziellen Verflechtungen zu den untersuchten kritischen Unternehmen nachgewiesen.

Die sozial-ökologische Performance der Bank liegt damit bei 93% (siehe www.fairfinanceguide.de):



KD-Bank

Nachhaltigkeitsfilter mit Verbesserungsbedarf

Die KD-Bank ist eine genossenschaftlich organisierte, evangelische Universalbank und übernimmt nach eigenen Angaben soziale Verantwortung, indem die Anlage von Kunden- und bankeigenen Geldern nur unter sozialen und ökologischen Kriterien erfolgt. Der „Nachhaltigkeitsfilter“ der KD-Bank definiert sowohl konkrete Ausschlusskriterien als auch Positivkriterien für Unternehmen. Zusätzlich beschränkt sich das Finanzierungsgeschäft der KD-Bank allein auf Institutionen der Kirche und Diakonie. Trotz dieser detaillierten Richtlinien besteht auch bei der KD-Bank noch Verbesserungsbedarf, insbesondere beim Umgang mit Unternehmen, die in der Forstwirtschaft und Energieerzeugung aktiv sind. Bei der KD-Bank wurden keine finanziellen Verflechtungen zu den untersuchten Unternehmen gefunden.

Die sozial-ökologische Performance der Bank liegt damit bei 74% (siehe www.fairfinanceguide.de):



Landesbank Baden-Württemberg (LBBW)

Nach wie vor an Kohle interessiert

Die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) fungiert als Zentralbank für die Sparkassen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen und verfügt ebenso auf direkter Kunden-Ebene über die BW-Bank, die LBBW Rheinland-Pfalz Bank sowie die LBBW Sachsen Bank. Für die LBBW ist „schon seit über zwei Jahrzehnten [...] Nachhaltigkeit ein wichtiges Thema“, das „fest in [ihrem] Kerngeschäft verankert“ ist. Die LBBW hat sich als eine der wenigen deutschen Banken dazu bekannt, gemäß der UN Prinzipien für Verantwortliches Investieren (UNPRI) auch das Eigenkapital der LBBW selbst nach sozialen und ökologischen Kriterien zu investieren. Unter anderem muss die LBBW daher bei Investitionsentscheidungen internationale Normen zu Arbeits- und Menschenrechten berücksichtigen. Darüber hinaus nennt sie für einige ausgewählte kritische Sektoren erweiterte Prüfkriterien. Unterm Strich bleiben aber selbst die veröffentlichten Richtlinien der Bank vielfach zu vage, während für andere kritische Themen und Sektoren (bspw. fossile Brennstoffe, Unternehmensführung) erst gar keine Richtlinien veröffentlicht wurden.

Die sozial-ökologische Performance der Bank liegt damit bei 16% (siehe www.fairfinanceguide.de):



Die LBBW hat finanzielle Verflechtungen mit 5 der untersuchten Unternehmen. So hat die LBBW Kapital für Volkswagen (Automobil) bereitgestellt – obwohl der Automobilkonzern noch nach Bekanntwerden des Abgasskandals bewusst eine anhaltende Luftverschmutzung durch den Vertrieb mangelhafter Technologien in Kauf genommen hat. Außerdem hält die Bank beispielsweise Aktien am Öl & Gas Konzern BP, der massiv zum Klimawandel beiträgt. Durch die Finanzierung von bzw. die Investition in kontroverse Unternehmen fördert die LBBW daher indirekt Normverstöße bzw. profitiert direkt von kontroversen Geschäftspraktiken.

Durch ihre Investitionen und Finanzierungen der untersuchten Unternehmen trägt die Bank in diesen Problemfeldern eine Mitverantwortung:



Pax-Bank

Katholisch, ethisch und grün light

Die Pax-Bank ist eine genossenschaftlich organisierte, katholische Universalbank, die sich im Umgang mit Geschäftspartnern an den Werten der christlichen Ethik orientiert. Satzungsgemäß vergibt die Pax Bank Kredite lediglich an kirchlich-karitative Einrichtungen und hat für ihre Investitionsaktivitäten soziale und ökologische Prüfkriterien veröffentlicht. Zusätzlich gelten Ausschlüsse für besonders kontroverse Geschäftspraktiken. Auch wenn bei den Richtlinien der Bank zum Klima- und Naturschutz sowie Transparenz noch Verbesserungsbedarf besteht, wurden der Pax-Bank keine finanziellen Verflechtungen zu den untersuchten Unternehmen nachgewiesen.

Die sozial-ökologische Performance der Bank liegt damit bei 55% (siehe www.fairfinanceguide.de):

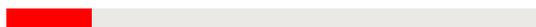


Postbank

Keine Dirty Profits, aber auch keine Richtlinien

Für die Postbank steht „die Nachhaltigkeit ihres Kerngeschäfts“ im Vordergrund. Sie hat sich deshalb der Einhaltung der 10 Prinzipien des UN Global Compact verschrieben. Auch wenn die Postbank 100%ige Tochter der Deutschen Bank ist, verwendet sie eigene soziale und ökologische Kriterien für ihre Finanzierungen und Anlageentscheidungen. Damit hinkt die Bank jedoch ihrem Mutterunternehmen hinterher, da keinerlei konkrete Prüfkriterien zu Menschen- und Arbeitsrechten, Umweltschutz sowie guter Unternehmensführung veröffentlicht werden. Trotz dieser mangelnden Transparenz über die sozialen und ökologischen Prüfprozesse im Kerngeschäft der Bank wurden für die Postbank keine finanziellen Verflechtungen zu den untersuchten kritischen Unternehmen nachgewiesen.

Die sozial-ökologische Performance der Bank liegt damit bei 16% (siehe www.fairfinanceguide.de):



Triodos Bank

Weitreichende Richtlinien mit kleinen Lücken

Die Triodos Bank hat sich den UN Prinzipien für Verantwortungsvolles Investieren (UN PRI), den Äquatorprinzipien, den OECD-Leitlinien für multinationale Unternehmen und dem UN Global Compact verschrieben. Außerdem hat sie eigene weitreichende Richtlinien und Ausschlusskriterien zu Themen wie Klima- und Umweltschutz, Menschen- und Arbeitsrechte sowie verantwortungsvolle Unternehmensführung formuliert. Allerdings sind die selbst erlassenen Richtlinien der Bank insbesondere zum Thema Steuervermeidung und zum Umgang mit Unternehmen im Bergbausektor noch verbesserungswürdig. Der Triodos wurden keine finanziellen Verflechtungen zu den untersuchten Unternehmen nachgewiesen.

Die sozial-ökologische Performance der Bank liegt damit bei 92% (siehe www.fairfinanceguide.de):

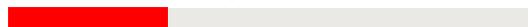


UniCredit

Vage Richtlinien und kontroverse Geschäfte

Die UniCredit Gruppe, in der die HypoVereinsbank AG aufgegangen ist, hat sich unter anderem dem UN Global Compact und den Äquatorprinzipien verpflichtet. Darüber hinaus hat sie für einzelne Sektoren eigene Finanzierungsrichtlinien erlassen. In der Gesamtbewertung bleiben diese Sektorrichtlinien jedoch äußerst vage, sodass unklar ist, welche konkreten Prüfkriterien die Bank anwendet. Manche kritischen Bereiche wie z.B. Sicherheitsdienste, Pestizidherstellung oder Gentechnik werden außerdem durch die bestehenden Richtlinien der Bank überhaupt nicht abgedeckt.

Die sozial-ökologische Performance der Bank liegt damit bei 30% (siehe www.fairfinanceguide.de):



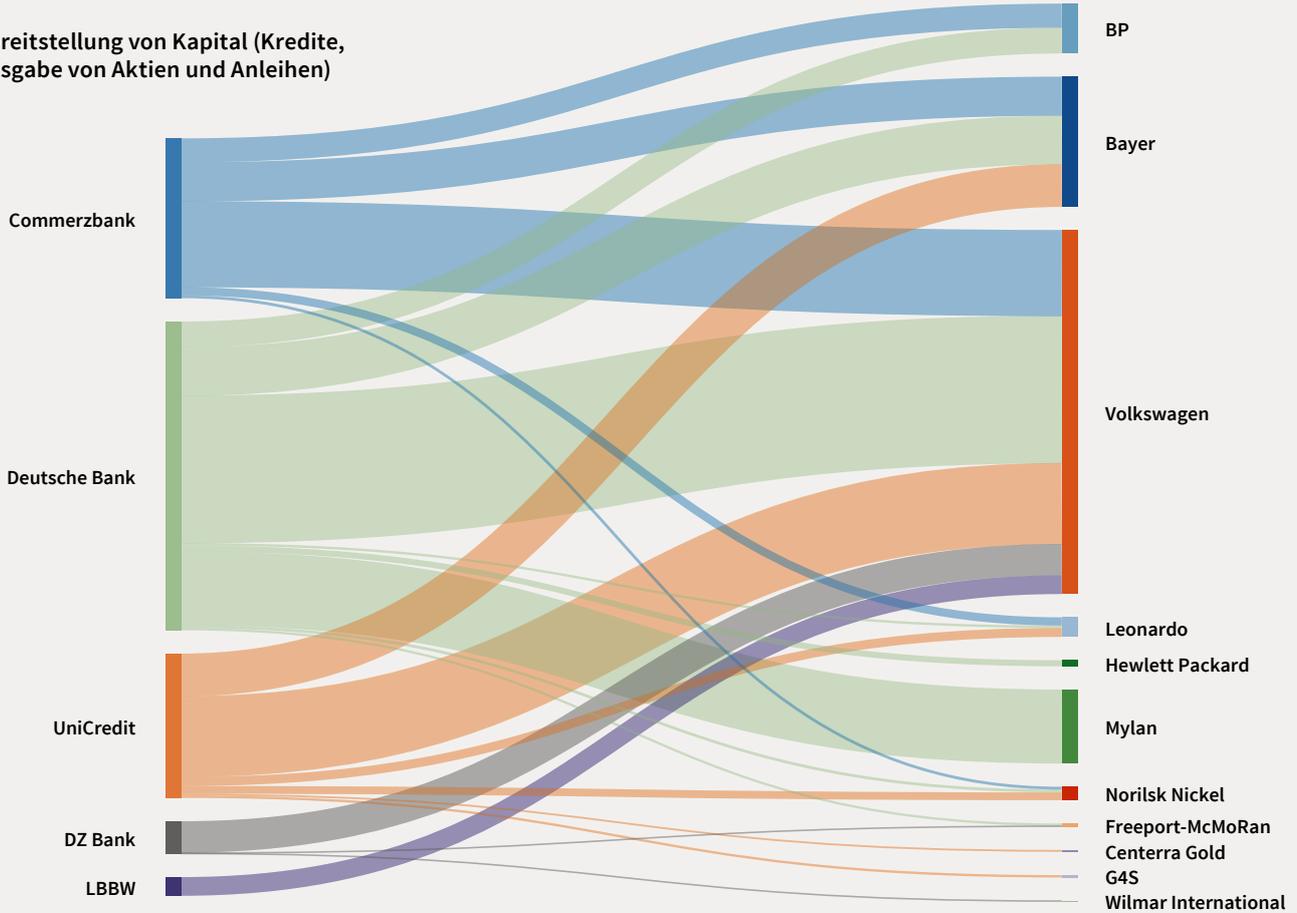
Der UniCredit Gruppe wurden finanzielle Verflechtungen zu 12 der 14 untersuchten kritischen Unternehmen nachgewiesen. Mit Finanzierungen für Volkswagen (Automobil) und Bayer (Agrar) trägt die Bank indirekt zu Umweltverschmutzung bei, während die Beschaffung von Kapital für Unternehmen wie Leonardo (Rüstung) und G4S (Sicherheitsdienst) die Verletzung von Menschen- und Arbeitsrechten fördert. Obwohl die Bank angibt, „Grundwasser-, Gewässer-, Boden- und Luftverschmutzung“ im Bergbausektor kritisch zu berücksichtigen, hat sie sich an Finanzierungen für kontroverse Unternehmen wie Norilsk Nickel und Centerra Gold beteiligt.

Durch ihre Investitionen und Finanzierungen der untersuchten Unternehmen trägt die Bank in diesen Problemfeldern eine Mitverantwortung:

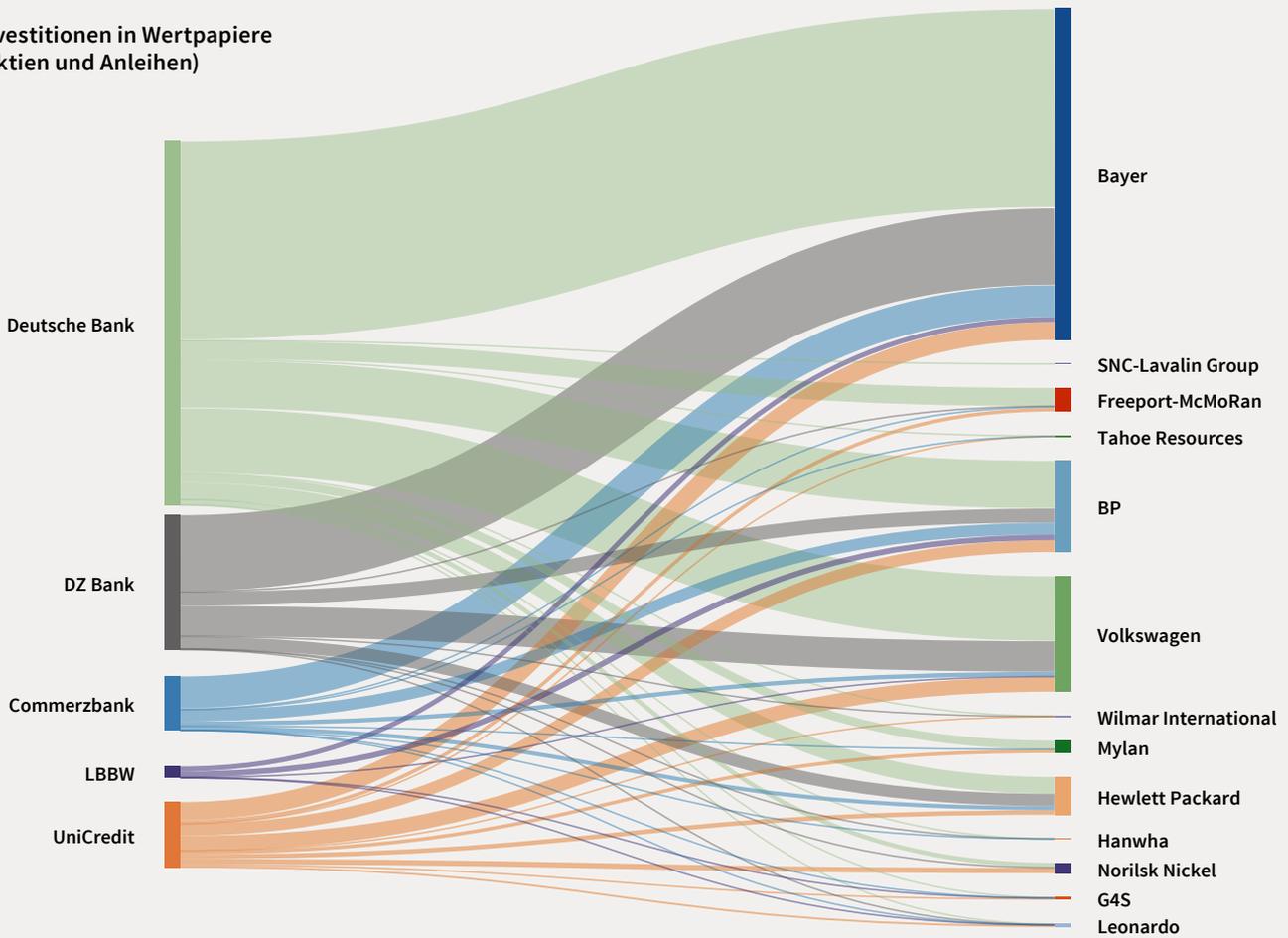


Der Fluss des Geldes

Bereitstellung von Kapital (Kredite, Ausgabe von Aktien und Anleihen)



Investitionen in Wertpapiere (Aktien und Anleihen)



Portraits kontroverser Unternehmen



Luftaufnahme der Öl-Katastrophe verursacht
durch die BP-Bohrstation Deepwater Horizon
©Greenpeace



◀ Bayer Crop Science-Firmensitz
© Consorcio Provincial Bomberos Valencia.



INVESTOREN:

Commerzbank
Deutsche Bank
DZ Bank
LBBW
UniCredit

FINANZIERT VON:

Commerzbank
Deutsche Bank
UniCredit

Bayer AG

Die toxische Megafusion

Die Bayer AG ist vor allem für die Herstellung von Aspirin bekannt, dem Topseller Medikament des deutschen „Vorzeige-Pharmakonzerns“. Weniger bekannt ist, dass Bayer auch in der Biotechnologie aktiv ist und z.B. Saatgut und Pestizide herstellt. Bayer nennt diesen oft kritisierten Teil ihrer Geschäfte, der jetzt auch noch massiv ausgebaut werden soll, CropScience. Bayer hat dementsprechend 66 Mrd. USD für den höchst umstrittenen US-Agrarkonzern Monsanto geboten. Die Aktionäre von Monsanto haben der Übernahme im Dezember 2016 bereits zugestimmt und damit, so Kritiker, die Entstehung eines industriellen Konglomerates aus Düngemittel- und Pestizid-Produzenten zu Lasten der Umwelt und der einfachen Bauern auf den Weg gebracht.

Monsanto wird weltweit für die Produktion von genmanipuliertem Saatgut und Pestiziden wie dem Mittel „Round-Up“ kritisiert. Letzteres enthält Glyphosat, welches 2015 von der Internationalen Krebsforschungsagentur (IARC) als mutmaßlich krebserregend eingestuft wurde und u.a. zur Wachstumsbeschleunigung von Weizen oder Raps sowie beim Obstbau eingesetzt wird. In Deutschland sind 93 Glyphosathaltige Mittel zugelassen, 51 davon auch für den Haus- und Kleingarten.

Auch Bayer wurde wiederholt für ihre Pestizidproduktion kritisiert. Mehrere Insektizide der Gruppe der Neonicotinoiden aus dem Hause Bayer weisen eine hohe Toxizität für Honigbienen in Europa und Nordamerika auf. In der indischen Provinz Punjab wurde nachgewiesen, dass Landarbeiter und Bauern nur unzureichend über die schweren gesundheitlichen Folgen von Bayers Schädlingsbekämpfungsmitteln informiert waren und sie ohne die nötige Schutzkleidung verwendeten.

Neben einer Ausweitung der industriellen, genmanipulierten Landwirtschaft erlangt Bayer durch die Fusion mit Monsanto eine noch umfassendere Marktmacht, mit der sich höhere Preise leichter durchsetzen lassen könnten, was wiederum den Druck auf Kleinbauern im globalen Süden erhöhen kann.





INVESTOREN:

Commerzbank
Deutsche Bank
DZ Bank
LBBW
UniCredit

FINANZIERT VON:

Commerzbank
Deutsche Bank
UniCredit



▲
Aktivisten entfalten am Pasterze-Gletscher ein Banner mit der Aufschrift „Klimawandel von BP, Esso, Shell“, um gegen die Klimaschädlichkeit der internationalen Ölgesellschaften zu protestieren.

© Greenpeace / Falk Heller

BP plc

Aktiv gegen Klimaschutz

Spätestens seit der Deepwater-Horizon-Katastrophe von 2010, bei der 800 Millionen Liter Rohöl in den Golf von Mexiko flossen, sind der Weltöffentlichkeit die Gefahren der fossilen Energiegewinnung auf hoher See vor Augen geführt worden. Verantwortlich für die Katastrophe ist der britische Öl-Multi BP. Nach einer Explosion auf der BP-Ölplattform im Golf von Mexiko kam es 2010 zu einem massiven, unkontrollierten Austritt von Öl aus dem Bohrloch. Die Schäden dieser Ölpest sind noch immer nicht beseitigt – und werden es wohl auch in den kommenden Jahren nicht sein. 2014 attestierte ein US-Gericht BP „grobe Fahrlässigkeit und vorsätzliches Fehlverhalten“, nur um den eigenen Profit zu steigern. Eine Studie der US-amerikanischen „National Wildlife Federation“ aus dem Jahr 2016 stellte zudem fest, dass Korallen im Golf von Mexiko irreparabel geschädigt worden und das Überleben von Delfinen und Walen gefährdet worden seien.

Darüber hinaus sind Ölkonzerne wie BP für einen Großteil der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich. Eine Studie aus dem Jahr 2013 über die größten CO₂-Emittenten zeigte, dass fast 2,5% der historischen CO₂-Emissionen weltweit auf das Konto von BP und seiner Produkte gehen. Zwar hat BP offiziell anerkannt, dass der Schutz des Klimas ein relevantes Anliegen ist, dennoch hat der Konzern wenig getan, um sein bestehendes Geschäftsmodell zu ändern und den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens anzupassen. Ganz im Gegenteil: BP setzt weiter auf Öl, investiert in die Suche nach neuen Quellen und betreibt intensive Lobbyarbeit auf europäischer Ebene, um verbindliche Maßnahmen gegen den Klimawandel zu verhindern.





▲
Offene Eisgrube in der Kumtor Mine,
Kirgisistan, im Jahr 2013.
© flickr 2013 Ryskeldi Satke



FINANZIERT VON:

UniCredit

Centerra Gold Inc.

Mehr Gold um jeden Preis

Centerra Gold ist ein kanadisches Bergbauunternehmen, dessen größte Goldmine Kumtor in den Bergen von Kirgisistan inmitten einer ökologisch sensiblen Gletscherregion liegt. Durch den Abbau von Gold wurden dort bereits hunderte Millionen Kubikmeter Gletschergestein bewegt bzw. entsorgt. Die schmelzenden Gletscher drohen zudem den Gletschersee von Petrov mit einer alarmierenden Geschwindigkeit zu fluten. Das macht die Abraumbetten der Goldmine, in der mehr als 34 Millionen Kubikmeter Abwasser und Rückstände aus Zyanidlauge und anderen Chemikalien aus den Operationen lagern, zur tickenden Zeitbombe. Sie befinden sich direkt unterhalb dieses Sees, dessen Überflutung Dammbürche der Abraumbetten und eine Überschwemmung weiter Gebiete stromabwärts mit giftigen Rückständen zur Folge hätte. Ähnliche Szenarien sind aus Brasilien bekannt, wo nach einem Dammbürche die hochgiftigen Abwässer einer Eisenerzmine den Fluss Rio Doce und angrenzende Gebiete über eine Distanz von 800 km verseucht haben. Internationale und kirgisische Experten warnen bereits vor einer Wiederholung in Kirgisistan, doch Centerra Gold setzt die Arbeiten in der Mine uneingeschränkt fort.

Abgesehen von einem drohenden Bruch des Damms befürchten die flussabwärts lebenden Anwohner, dass die chemischen Rückstände des Bergbaus ihre Gesundheit gefährden könnten, denn das Flusswasser wird als Trinkwasser und zum Waschen und Bewässern genutzt. Die Mine könnte so die Lebensgrundlage der Menschen zerstören, denn viele von ihnen sind von der Landwirtschaft abhängig. Mangelnde Information ist ein weiterer Grund für Proteste und Aufstände, die die Einstellung des Projektes sowie adäquate Informationen über die Mine und die Folgen des Goldabbaus fordern. Die Proteste wurden jedoch weitgehend unterdrückt, was wiederum zu Gewalt führte. Schließlich sah sich das Projekt auch schweren Korruptionsvorwürfen ausgesetzt, in deren Zusammenhang zehn Regierungsbeamte verhaftet, jedoch nicht verurteilt wurden





INVESTOREN:

Commerzbank
Deutsche Bank
DZ Bank
UniCredit

FINANZIERT VON:

Deutsche Bank
DZ Bank



Irian Jaya - Grasberg, Freeport Mine, 1995
© Simon Pearson

Freeport-McMoRan Inc.

Verseuchung ohne Ende

Freeport ist ein US-amerikanisches Bergbauunternehmen, dessen größte Mine, Grasberg, in der indonesischen Provinz Papua liegt. Der Zugang nach Papua ist seit Jahrzehnten eingeschränkt, insbesondere für Journalisten, spätestens seit Human Rights Watch dort schwere Menschenrechtsverstöße dokumentiert hat.

Anfallende Abraumschlämme der Grasbergmine lässt Freeport ohne weitere Reinigung in die Flüsse leiten. Dies ist in den meisten Ländern, auch in Europa, streng verboten. Weltweit setzen außer Grasberg nur drei weitere Minen diese Methode ein. Die Folge: Täglich gelangen 150.000 Tonnen Rückstände aus der Mine flussabwärts und lagern sich in den Flussniederungen ab. Die Rückstände wirken sich nicht nur negativ auf die Biodiversität im Fluss aus sondern auch auf die Menschen, für die das Flusswasser die Lebensgrundlage bildet. Aktuelle Satellitenbilder lassen zudem vermuten, dass etwa 138 km² Regenwald durch das verseuchte Wasser zerstört worden sind.

Abgesehen von den schweren Umweltschäden ist Freeport auch für Verstöße gegen Arbeitsrechte verantwortlich. Bei dem Einsturz eines Tunnels in der Mine in 2013 kamen 28 Arbeiter ums Leben. 2014 gab es vier Todesfälle, 2015 zwei weitere. Nach Angaben der indonesischen Regierung hätte der Unfall 2013 verhindert werden können, wenn Freeport entsprechende Sicherheitsvorkehrungen getroffen hätte. Mindestens 23 institutionelle Anleger haben Freeport auf Grund der schweren Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen mittlerweile aus ihrem Anlageportfolio ausgeschlossen.





Manguang-Haftanstalt in Bloemfontein, ein von G4S verwaltetes Gefängnis, in dem Menschenrechtsverletzungen aufgedeckt wurden.
© Wits Justice Project



INVESTOREN:

Commerzbank
Deutsche Bank
LBBW
UniCredit

FINANZIERT VON:

UniCredit

G4S plc

Mit Sicherheit gegen Menschenrechte

G4S ist ein privates Sicherheitsunternehmen, das in über 110 Ländern tätig ist und Haftanstalten, Aufnahmestellen für Asylbewerber, Sicherheitsdienste und -systeme betreibt sowie Bargeldtransporte durchführt. Aufgrund des Umgangs mit Asylbewerbern in Australien im Jahr 2014 und der Bereitstellung von Gefängnis- und Kontrollstellen im besetzten Westjordanland, die gegen grundlegende Menschenrechte verstoßen, musste sich G4S zuletzt erheblicher Kritik stellen.

In Bloemfontein, Südafrika, betreibt G4S das zweitgrößte private Gefängnis weltweit: das Manguang-Gefängnis. Im Jahr 2012 begann die Organisation „Wits Justice Project“ damit, Menschenrechtsverletzungen in Manguang zu dokumentieren. So wurden der Einsatz von Elektroschocks, erzwungene Injektionen von Psychopharmaka und das Schlagen der Häftlinge belegt. Videoaufnahmen aus dem Gefängnis zeigen den Einsatz von Elektrozäunen und den offensichtlichen Protest eines Insassen gegen eine erzwungene Injektion. In diesen Fällen wurde das bewaffnete Notfallteam (EST Emergency Security Team) eingesetzt, das speziell für den

Umgang mit einzelnen Insassen, die als aggressiv eingestuft werden, geschult sein soll. Die Gefangenen werden in der Regel in Räume gebracht, in denen es keine Überwachungskameras gibt, wie z.B. den Krankenhaustrakt oder den sogenannten „Broadway“, die Isolationseinheit des Gefängnisses.

2013 geriet die Situation in Manguang derart außer Kontrolle, dass die Regierung eingreifen und das Gefängnis vorübergehend selbst verwalten musste. Im August 2014 übernahm dann G4S erneut die Verwaltung.

In den Jahren 2005 und 2013 sollen zwei Gefangene zu Tode gefoltert worden sein, so das Wits Justice Project. G4S bestreitet aber jeglichen Missbrauch im Gefängnis.

Mindestens sechs Investoren haben G4S wegen menschenrechtlicher Bedenken ausgeschlossen, auch wenn sich keiner von ihnen explizit auf die Ereignisse in Manguang bezieht.





INVESTOREN:

Commerzbank
Deutsche Bank
DZ Bank



▲
Autonom aktivierbare Waffe von Hanwha.
© Facing Finance

Hanwha Corp.

Ein asiatischer Rüstungsgigant entsteht

Hanwha gehört zu den größten Konzernen in Südkorea und ist in zahlreiche Geschäftsbereiche gegliedert. Die Rüstungssparte, mit dem Namen Hanwha Techwin, ist einer der am stärksten wachsenden Unternehmensteile. Durch die Übernahme der Waffenhersteller Samsung Techwin und Doosan wurde Hanwha Techwin zuletzt zum größten südkoreanische Rüstungskonzern.

Mit der Übernahme von Samsung Techwin ist Hanwha auch der Einstieg in den Bereich der umstrittenen autonomen Killer-Roboter-Waffen gelungen, z.B. in Form des Roboter-Systems SGR-A1. Der SGR-A1 ist in der Lage, autonom und ohne menschliches Eingreifen Personen zu erkennen und zu bekämpfen, die eine Grenze überschreiten wollen. Über ein Verbot der Produktion und des Einsatzes solcher autonomer Waffensysteme wird derzeit im Rahmen der UNO verhandelt, weil diese gegen die Prinzipien des humanitären Völkerrechts verstoßen.

Hanwha ist auch noch immer ein Produzent der bereits völkerrechtlich verbotenen Streumunition, namentlich dem Raketensystem Chunmoo, mit dem diese Munition eingesetzt werden kann. Auch mit der K9 Panzerhaubitze von Hanwha kann Submunition (K310) abgefeuert werden. Das Waffensystem wurde u.a. an die Türkei geliefert, die es wiederum bereits im aktuellen Konflikt gegen die Kurden eingesetzt haben soll.

Im Jahr 2012 wurde der Vorstandsvorsitzende von Hanwha wegen Veruntreuung zu einer Gefängnisstrafe von vier Jahren verurteilt. Allerdings musste er seine Strafe nicht vollständig verbüßen und ist bereits wieder auf seine alte Position zurückgekehrt.





▲ Grenzkontrolle mit „Basel System“ an den Checkpoints Rachel (links) und Erez (rechts). Fotos der israelischen Armee, 2011.
© WhoProfits

Hewlett Packard Enterprise Co.

Die Besatzungshelfer

Bekannt wurde HP durch Produkte wie PC, Drucker oder Scanner, die in keinem Elektronikmarkt der Welt. Im November 2015 wurde Hewlett Packard in zwei verschiedene Unternehmen aufgespalten: Hewlett Packard Inc. und Hewlett Packard Enterprise (HPE).

Hewlett Packard gehört zu den global operierenden und umsatzstärksten IT-Unternehmen der Welt. Besonders in Israel hat HPE eine massive Präsenz und ist der zweitgrößte Investor in der IT-Branche. Seit mehr als 20 Jahren unterstützt HPE bzw. seine Vorgängerunternehmen die fortdauernde und völkerrechtswidrige israelische Besatzung von palästinensischem Territorium und beliefert die illegalen israelischen Siedlungen sowie angrenzende Checkpoints, die Teil eines ausgefeilten Kontroll- und Überwachungssystems für die palästinensische Bevölkerung sind.

HP verwaltet darüber hinaus die IT-Infrastruktur der israelischen Marine, die seit 2007 die Seeblockade des Gazastreifens aufrechterhält, und beliefert das israelische Verteidigungsministerium mit Computersystemen und -anlagen. In diesem Rahmen entwickelte, installierte und verwaltet HP das sog. „Basel System“, ein automatisiertes und biometrisches Zugangskontrollsystem, das an über 20 Kontrollpunkten zu den besetzten palästinensischen Gebieten (Westbank) und zum Gazastreifen eingerichtet wurde. Es überprüft und kontrolliert die Zugangsbeurteilung für palästinensische Arbeitskräfte mittels Hand- und Gesichtserkennung und wurde durch die US-Regierung finanziert.

HP entwickelte zudem biometrische Ausweiskarten, die zusammen mit einer Einreiseerlaubnis ausgestellt werden. PalästinenserInnen, denen die Einreise nach Israel gewährt wird, werden durch dieses System registriert und überwacht.



INVESTOREN:

**Commerzbank
Deutsche Bank
DZ Bank
UniCredit**

FINANZIERT VON:

Deutsche Bank

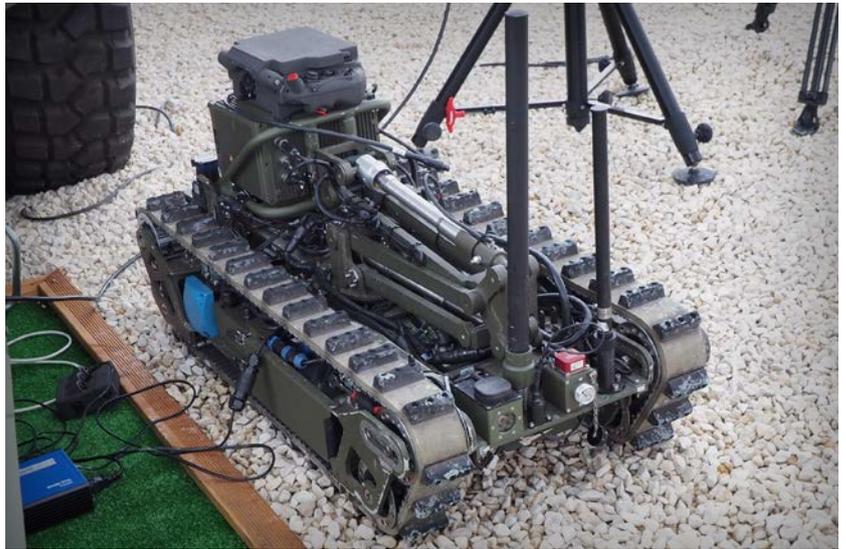


INVESTOREN:

Commerzbank
Deutsche Bank
DZ Bank
LBBW
UniCredit

FINANZIERT VON:

Commerzbank
Deutsche Bank
UniCredit



TRP-2 FOB ist ein bewaffnetes, unbemanntes
Roboter-Fahrzeug von Leonardo SpA.
© Facing Finance

Leonardo SpA

Border Wars, Killer Roboter und Atomwaffen

Leonardo (ehemals Finmeccanica) ist ein italienischer Rüstungskonzern und weltweit die Nr. 9 der größten Waffenhersteller. Allein im Jahr 2014 verkaufte das Unternehmen Rüstungsgüter im Wert von über 10 Milliarden US-Dollar. Leonardo ist in erheblichem Maße in das Geschäft mit Atomwaffen involviert. So werden z.B. Transportvorrichtungen für Atomwaffen wie die Interkontinentalrakete Minuteman III des US-Militärs produziert. Leonardo ist zudem Teil des Waffen-Konsortiums MBDA, das Frankreich mit Atomraketen des Typs ASMPA belieferte und deren Wartung und Modernisierung übernimmt. MBDA entwickelt derzeit auch das Nachfolgemodell ASN4G.

Auch von den neuen Trends zukünftiger Kriegsführung will man profitieren und betreibt die Entwicklung autonomer Plattformen, darunter den Kampfrobooter TRP-2. Leonardo ist auch an der Entwicklung der Drohne nEUROn beteiligt.

Autonome Fahr- und Flugzeuge wie Drohnen werden das Wesen der Kriegsführung erheblich verändern bzw. haben dieses in den letzten zehn Jahren bereits stark beeinflusst. Die gegenwärtige und zukünftige Entwicklung geht hin zu vollautonomen Waffen, die ohne menschliche Kontrolle über Leben und Tod entscheiden können und deren Einsatz nicht den Anforderungen des humanitären Völkerrechts entspräche.

Rüstungsunternehmen stehen häufig in der Kritik für ihre Exporte in Staaten, die Menschenrechte missachten oder sich im Krieg oder bewaffneten Konflikt mit anderen Staaten, Gruppen oder ihrer eigenen Bevölkerung befinden. Dies gilt auch für Leonardo, das kürzlich Kampfflugzeuge des Typs Eurofighter an Saudi-Arabien, Oman und Kuwait lieferte. Leonardo ist einer der vier größten Rüstungsexporteure an Länder des Mittleren Ostens und Nordafrikas. Auch wenn keine expliziten Ausfuhrverbote in diese Staaten vorliegen, handelt es sich hierbei doch um instabile Regionen, in denen Waffenlieferungen Konflikte verschärfen und weitere Fluchtbewegungen auslösen können. Parallel zu seinen Waffenexporten in diese Regionen und vor dem Hintergrund steigender Flüchtlingszahlen bewirbt sich Leonardo, wie z.B. auch AIRBUS, um Aufträge für die Entwicklung von Kontrollsystemen an EU-Außengrenzen. Dies wird von intensiven Lobbyaktivitäten bei zuständigen Brüsseler Institutionen begleitet, um mehr Ressourcen zur Finanzierung dieser sogenannten „Border Wars“-Projekte freizusetzen.





◀ Einleitung von giftigen Abwässern des PETL-Werks in den Fluss Iskavagu, Indien
© Anil cherukupalli



INVESTOREN:

Commerzbank
Deutsche Bank
UniCredit

FINANZIERT VON:

Deutsche Bank

Mylan NV

Verseuchte Abwässer und tödliche Injektionen

Mylan, ursprünglich ein US-amerikanischer Pharmakonzern, verkauft vor allem Generika und Spezialmedizin und hat seinen Sitz 2014 in die Niederlande verlegt. In Deutschland ist das Unternehmen unter Mylan dura GmbH (vormals Merck dura GmbH) bekannt. Die pharmazeutischen Rohstoff-Produktionseinheiten befinden sich in Indien, wo Mylan als drittgrößter Pharma-Exporteur agiert.

Mylans Fertigungsstandorte konzentrieren sich auf das Ballungsgebiet Hyderabad, Indiens Hauptstadt für die Herstellung von Arzneimitteln. Hierzu gehört auch das Industriegebiet Patancheru-Bollaram, in dem die Umweltbelastung von Jahr zu Jahr zunimmt, wie eine Untersuchung aus dem Jahr 2016 zeigt. Viele dort tätige Pharmakonzerne, darunter Mylan, verstoßen gegen Umweltnormen z.B. in Form von offenen Abwasserkanälen, in die chemisch verseuchtes Abwasser aus den Produktionsanlagen eingeleitet wird.

Zudem wurde festgestellt, dass eine weitere Fertigungseinheit von Mylan dreimal mehr gefährliche Abfälle produziert als offiziell erlaubt. Vermutet wird, dass die Chemikalienabfälle direkt durch Leitungssysteme unterirdisch in ein nahe liegendes Tal entsorgt und damit Flüsse und das Grundwasser verseucht werden.

Im Jahr 2013 veranlasste das Andhra Pradesh Pollution Board (PCB) in Indien die Schließung einer der Fabriken von Mylan in Hyderabad, die chemische Abfälle ohne vorherige Reinigung entsorgt hatte. Im Jahr 2015 stellte eine weitere Untersuchung des US-Landwirtschaftsministeriums USDA in Indien fest, dass Fabriken von Mylan gleich mehrere Qualitätsstandards zur Herstellung von Arzneimitteln verletzen.

Darüber hinaus wird Mylan für die starken Preissteigerungen seiner Produkte kritisiert, beispielsweise für das Produkt EpiPen, dessen Preis in den letzten 10 Jahren um 400% gestiegen ist. Verschiedene Investoren haben außerdem kritisiert, dass Mylan-Präparate bei Hinrichtungen in den USA genutzt werden. Mylan versucht erst seit kurzem, die Nutzung dieser Wirkstoffe für Hinrichtungen zu verhindern.





▲
Der verseuchte Fluss Daldykan am
7. September 2016.
© Alex Kokcharov



INVESTOREN:

Deutsche Bank
DZ Bank
UniCredit

FINANZIERT VON:

Commerzbank
Deutsche Bank
UniCredit

MMC Norilsk Nickel PJSC

Vergiftet und korrupt

Norilsk Nickel ist ein russisches Bergbauunternehmen, aktiv im Abbau und der metallurgischen Weiterverarbeitung von Mineralien, insbesondere Kupfer, Nickel, Platin und Palladium. Norilsk ist der weltweit größte Produzent von Nickel, welches u.a. in Edelstahlprodukten Verwendung findet, aber auch wichtiger Bestandteil wiederaufladbarer Batteriesysteme ist. Im September 2016 machte Norilsk Nickel wegen der Verschmutzung des Daldykan-Flusses Schlagzeilen. Nach heftigen Regenfällen lief ein Rückhaltebecken in der metallurgischen Produktionsanlage Nadezhda in Sibirien über und färbte den Fluss in ein leuchtendes Rot. Offenbar geschah dies nicht zum ersten Mal, wie Satellitenbilder der NASA belegen.

Norilsk Nickel steht zudem wegen Luftverschmutzung durch Schwefeldioxid in der Kritik, verursacht insbesondere durch Produktionsanlagen in der sibirischen Stadt Norilsk und auf der Kola-Halbinsel. Bereits 2009 schloss der staatliche norwegische Pensionsfonds Norilsk Nickel aufgrund schwerer Umweltzerstörungen im Polarkreis und insbesondere in der Stadt Norilsk aus seinem Investmentportfolio aus. In seiner Begründung nannte der Pensionsfonds vor allem die Schwefeldioxidemissionen, die erhebliche Schäden und sogar die Zerstörung der Vegetation in einem Umkreis von bis zu 200 km rund um die Produktionsanlagen verursachten. Norilsk steht in Russland auch unter Korruptions- und Bestechungsverdacht, da der Konzern versucht haben soll, die verursachten Umweltschäden mit Hilfe von Beamten der Umweltbehörden zu vertuschen.





▲
Anti-Korruption-Poster in Uganda.
© Morten Just, Flickr



INVESTOREN:

Deutsche Bank

SNC-Lavalin Group Inc.

Durch und durch korrupt

SNC-Lavalin ist ein kanadisches Bauunternehmen mit über 100 Tochtergesellschaften. 2011 erhob zunächst die Weltbank schwerwiegende Korruptionsvorwürfe gegen das Unternehmen im Zusammenhang mit einem von der Weltbank geförderten Projekt in Bangladesch. Weitere Ermittlungen der Royal Canadian Mounted Police sowie Untersuchungen in der Schweiz belasteten das Unternehmen und mehrere seiner Angestellten stark. Ihnen wurden illegale Zahlungen in Millionenhöhe vorgeworfen – mit der Konsequenz, dass SNC-Lavalin und sämtliche Tochtergesellschaften von der Weltbank im April 2013 für einen Zeitraum von 10 Jahren von Fördergeldern ausgeschlossen wurden.

2015 schließlich erhob die Royal Canadian Mounted Police Anklage gegen die Lavalin Group und zwei ihrer Tochtergesellschaften (Lavalin Construction und Lavalin International) wegen Bestechung und Betrug bei Geschäftsaktivitäten in Libyen. Aufgrund der engen Beziehungen

zur Familie des ehemaligen Machthabers Gaddafi hatte Lavalin mehrere öffentliche Aufträge erhalten, darunter einen für den Bau eines umstrittenen Gefängnisses in Tripolis. Dabei sollen zwischen 2001 und 2011 Bestechungsgelder in Höhe von bis zu 47,7 Millionen US-Dollar an libysche Funktionäre gezahlt worden sein.

Die Afrikanische Entwicklungsbank einigte sich 2015 mit SNC-Lavalin in Bezug auf Korruptionsfälle in Mosambik und Uganda. Darüber hinaus wurden gegen das Unternehmen in den letzten vier Jahren weitere Ermittlungen in Algerien, Bangladesch, Frankreich, Kambodscha, Kanada, Libyen, Tunesien und in der Schweiz wegen Korruptionsvorwürfen aufgenommen. In Ghana, Indien, Nigeria und Sambia bestehen ebenfalls Korruptionsvorwürfe gegen SNC-Lavalin.





INVESTOREN:

Commerzbank
Deutsche Bank
UniCredit

►
Kommunalwahlen im
März 2013 im Dorf Los Planes,
Gemeinde San Rafael Las Flores.
© CPR-Urbana



Tahoe Resources Inc.

Mit aller Gewalt für Gold und Silber

Tahoe Resources ist ein kanadisches Bergbauunternehmen mit Sitz in den USA, das Edelmetalle und Rohstoffe wie z.B. Silber und Gold aus Minen in Kanada, Peru und Guatemala fördert. Gegen eine dieser Minen, die Escobal-Silbermine im südöstlichen Guatemala, gibt es seit Jahren starke Proteste der örtlichen Bevölkerung. Die Menschen fürchten die negativen Folgen der Bergbauaktivitäten für sich und die Umwelt. Als Reaktion darauf war die besorgte Bevölkerung systematisch Repressionen und Gewalt ausgesetzt, einzelne Mitglieder wurden sogar kriminalisiert.

Die Gewalttätigkeiten führten im April 2013 dazu, dass private Sicherheitskräfte der Mine auf friedliche Demonstranten schossen und dabei sieben Männer verletzten. Die Opfer verklagten daraufhin Tahoe Resources in Kanada. Das Verfahren durchläuft derzeit die zweite Instanz. Im Mai 2013 verhängten die Behörden über vier betroffene Gemeinden im Gebiet der Mine den

Ausnahmestand und installierten militärische Außenposten, von denen einer immer noch besteht. Gegner der Mine wurden in dieser Zeit gezielt verhaftet und ihre Häuser geplündert. Im April 2014 schließlich wurde Topacio Reynoso, ein Anführer der Protestbewegung, brutal ermordet, zudem wurde sein Vater mehrmals überfallen.

Abgesehen von der gewaltsamen Unterdrückung der Proteste beklagen die umliegenden Ortschaften seit der Inbetriebnahme der Mine 2014 Wassermangel in der Region, die Austrocknung von Wasserquellen oder ihre Verschmutzung mit Chemikalien.

Über diese Vorgänge sowie rechtliche Probleme mit den Schürfgenehmigungen der Mine informierte Tahoe Resources seine Aktionäre nicht bzw. nur unzureichend.



Volkswagen AG

Das leidige „Diesel Thema“ oder der grenzenlose Betrug an Mensch und Umwelt

Als der deutsche Automobilhersteller Volkswagen (VW) 2008 seinen neuen „Clean-Diesel“-Motor präsentierte, war von einem umwelt-schonenden technischen Wunderwerk aus Deutschland die Rede. Eine deutsche Ingenieursleistung, die den damals über hohe Spritpreise stöhnenden Autofahrern den Dieselmotor näher bringen sollte, der dank hocheffizienter Filter-technik und reduziertem Kraftstoffverbrauch die Emissionen der toxischen Stickoxide (NO_x) signifikant verringern sollte. Acht Jahre später stellte sich heraus: Der „Clean Diesel“ war ein gigantischer, bewusst organisierter Betrug am Kunden und der Umwelt und alles andere als sauber.

Die US-amerikanische Umweltbehörde „Environmental Protection Agency“ (EPA) war die Erste, die VW wegen Verletzung von Abgasnormen (dem sog. Clean Air Act) am 18. September 2015 anklagte. VW hatte bis dahin in 21 Diesel-Modelle, die zwischen 2009 und 2015 produziert wurden, spezielle Software-gesteuerte Abschaltvorrichtungen installiert, die unter bestimmten, kontrollierten Testbedingungen niedrige Emissionswerte für die VW-Modelle erzeugten. Bei Fahrten unter normalen Straßenbedingungen stiegen die Emissionen dann um das bis zu 40-fache im

Vergleich zu den manipulierten Testbedingungen an. Am 22. September 2015 musste VW zugeben, dass die Abschaltvorrichtungen in 11 Millionen Fahrzeugen weltweit installiert worden waren. Wenig später, am 2. November, eröffnete die EPA ein zweites Verfahren gegen Volkswagen und dessen Tochterunternehmen Audi und Porsche in Bezug auf ähnliche Manipulationen bei 31 weiteren Fahrzeugmodellen.

Noch laufen die Untersuchungen zu VWs Betrügereien, doch die erheblichen negativen Auswirkungen, die diese Abschaltvorrichtungen für die Qualität der Luft und die menschliche Gesundheit verursacht haben, stehen jetzt schon fest. Erhöhte Konzentrationen von Stickoxiden und andere Schadstoffe haben einen unmittelbaren und erheblichen Einfluss auf die menschliche Gesundheit und können zu Asthma, Atemnot, Bronchitis und Lungeninfektionen führen.

Der Abgas-Skandal – oder das „Diesel Thema“, wie es VW-intern bagatellisierend heißt – steht für eine beispiellose und bewusste Täuschung von Regulierungsbehörden und Kunden weltweit. Ein Betrug, der mit dem Wissen hochrangiger VW-Manager erfolgte, die laut New York Times zudem VW-Mitarbeiter dazu gedrängt haben sollen, Beweismittel zu vernichten.



INVESTOREN:

Commerzbank
Deutsche Bank
DZ Bank
LBBW
UniCredit

FINANZIERT VON:

Commerzbank
Deutsche Bank
DZ Bank
LBBW
UniCredit



▲ Greenpeace-Aktivisten projizieren „Diesel. Das Problem“ auf die Volkswagen-Zentrale in Wolfsburg.
© Greenpeace

Im Oktober 2016 einigten sich die EPA und VW in einem Vergleich zunächst auf die Zahlung von 14,7 Milliarden US Dollar zur Beilegung der Vorwürfe. Dies umfasst allerdings nicht die 3-Liter-Autos von VW, in deren Zusammenhang es noch zu weiteren Strafzahlungen kommen könnte. Grundsätzlich werden die dadurch entstandenen Umweltschäden und mögliche Gesundheitsschäden natürlich in keinster Weise erfasst oder beseitigt.

Dass auch andere Autohersteller wie Renault, Fiat, Nissan, Opel und Ford Fahrzeuge produzieren, deren NOx-Emissionen weit über den gesetzlich geregelten Grenzen liegen, überrascht mittlerweile nicht mehr. Sie nutzen zudem legale Schlupflöcher, um Ermittlungen in Bezug auf ihre Herstellungsmethoden und mögliche Normverletzungen zu verhindern. Unterstützt werden sie dabei von denjenigen intransparenten Ministerien und Regulierungsbehörden, die diesem Treiben tatenlos zusehen oder gar ihre schützende Hand über die Automobilhersteller und ihre Manipulationen halten.

Laut einer aktuellen Studie des International Council On Clean Transportation (ICCT), welches den Abgasskandal bei VW mit aufgedeckt hat, stoßen 30 im realen Straßenbetrieb untersuchte aktuelle (VW) Diesel-Pkw teils mehr als doppelt so viel (480 bis 560 mg/km) giftige Stickoxide (NOx) aus wie LKWs oder Busse (210 mg/km). Selbst Fahrzeuge in der modernsten Schadstoffklasse Euro 6 überschreiten den erlaubten Grenzwert (80 mg/km) drastisch, teils um das 6-7 fache, darunter auch 7 Modelle von VW, bzw. Audi und Porsche. Zu einem ähnlichen Ergebnis kam 2015 die Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW) in Bezug auf den Volkswagen Passat CC mit SCR-Katalysator, dessen NOx-Emissionen den zulässigen Grenzwert um das Achtfache bzw. Neunfache überschreiten.

Insgesamt fahren laut Verkehrsexperten knapp 2,8 Millionen PKW des VW-Konzerns durch Deutschland, bei denen die Abgasreinigung manipuliert wurde.





▲ Palmölplantage von PT Papua Alam Lestari, einem ehemaligen Zulieferer von Wilmar.
© Mighty

Wilmar International Ltd.

Brandrodung und Kinderarbeit für Pizza, Kosmetika & Co

Ob Margarine, Pizza, Schokoriegel, Waschmittel, Cremes oder Lippenstift – jedes zweite verpackte Supermarktprodukt enthält Palmöl. Auch für Biosprit wird dieser Rohstoff verwendet. Die Produktion von Palmöl wird immer wieder in Zusammenhang mit Arbeitsrechtsverletzungen und Umweltschäden gebracht, was freiwillige Initiativen wie z.B. der „Runde Tisch für Nachhaltiges Palmöl (RSPO)“ eigentlich verhindern sollen. Der Agrarkonzern Wilmar International zählt zu den größten Betreibern von Palmölplantagen und -raffinerien in Indonesien und Malaysia und ist RSPO-Mitglied. Doch Wilmars Tochtergesellschaften und Lieferanten sind nach wie vor für die Rodung von Primärwäldern und kohlenstoffreichen Waldbeständen mitverantwortlich. Die Rodung dieser Wälder, was vor allem durch deren Abbrennen geschieht, steht so in krassem Widerspruch zu globalen Klimazielen. 2015 verursachten Waldbrände in Indonesien mehr CO₂-Ausstoß pro Tag als die täglichen Emissionen aller EU-Länder zusammen. Zu-

sätzlich zu den CO₂-Emissionen verursachte der Rauch Atemwegserkrankungen bei Hunderttausenden Menschen in Indonesien. Die Abholzung der Wälder beeinflusst auch massiv das Leben indigener Gemeinschaften und wirkt sich negativ auf die Tierwelt und das Ökosystem aus.

Seit Kurzem wird Wilmar auch mit schlechten Arbeitsbedingungen einschließlich Kinderarbeit in Verbindung gebracht. Ein im Dezember 2016 veröffentlichter Bericht von Amnesty International belegt, dass Zulieferer und Tochtergesellschaften von Wilmar Kinder als Arbeitskräfte beschäftigen. Diese Kinder, manche nicht älter als 8 Jahre, müssen auf Plantagen schwere körperliche Arbeit ohne Sicherheitsausrüstung verrichten und sind zudem giftigen Pestiziden ausgesetzt.



INVESTOREN:

Deutsche Bank
DZ Bank
UniCredit

FINANZIERT VON:

DZ Bank

Schwein gehabt oder arm dran? – Eine Frage der Perspektive!



Ihre Rente auf Kosten von Mensch und Umwelt!?

Gehören Sie zu den Menschen, die ihr Geld nicht nur bei der Bank sparen, sondern auch in Investmentfonds anlegen? Entweder direkt oder über ein Altersvorsorge-Produkt wie z.B. einer fondsgebundenen Riester-Versicherung? Und wussten Sie überhaupt, dass die wenigsten Investmentfonds und Riesterprodukte soziale oder ökologische Kriterien berücksichtigen, weil es dafür keine verbindlichen Vorschriften gibt? So kann es also sein, dass Sie sich Monat für Monat an Waffengeschäften beteiligen, von Kinderarbeit profitieren oder Umwelt- und Klimazerstörung fördern. Wollen Sie das wirklich?

Auf www.faire-rente.de können Sie sich über eine Reihe von fondsgebundenen Riesterprodukten informieren, die auf Investmentfonds zurückgreifen. Diese Fonds sind gängige Produkte, die Sie nicht nur je nach Tarif und Anbieter für bestimmte Riester-Produkte auswählen, sondern an denen Sie auch direkt Anteile erwerben können.

Diese 10 Fonds haben wir u.a. für unsere Riester-Recherche auf www.faire-rente.de analysiert: Sie sind besonders stark an 250 von uns ausgewählten kontroversen Unternehmen beteiligt. Der prozentuale Anteil des jeweiligen Fondsvermögens, der in kontroverse Unternehmen investiert ist, liegt zwischen 32% und 43%!

Investment-/Riester-Fonds	Problemfelder	Kontroverse Beteiligungen ¹
DekaLux-GlobalResources CF		Barrick Gold, BHP Billiton, BP, Chevron, ConocoPhillips, Eni, ExxonMobil, Freeport-McMoRan, Gazprom, Glencore, Grupo Mexico, Norilsk Nickel, Rio Tinto, Royal Dutch Shell, Southern Copper, ThyssenKrupp
iShares Stoxx Europe 600 Oil & Gas (DE)		BP, Eni, Royal Dutch Shell, Saipem
Old Mutual US Dividend Fund		Altria Group, Bank of America, ConocoPhillips, General Dynamics, General Electric, Honeywell International, Johnson&Johnson, JPMorgan Chase, Merck&Co., Philip Morris International, Raytheon, Target, United Technologies, Wal-Mart Stores
iShares Core FTSE 100		Babcock International, BAE Systems, Barclays, BHP Billiton, BP, British American Tobacco, Carnival, GlaxoSmithKline, Glencore, HSBC, Imperial Brands, Rio Tinto, Rolls Royce, Royal Dutch Shell
BGF World Energy		BP, Chevron, ConocoPhillips, ExxonMobil, Kosmos Energy, Royal Dutch Shell
BlackRock Global Funds – World Mining Fund A		Acacia Mining, Barrick Gold, BHP Billiton plc, BHP Billiton Ltd., Centerra Gold, China Coal Energy, China Shenhua Energy, Coal India, Consol Energy, Exxaro Resources, Freeport-McMoRan, Glencore, Grupo Mexico, Gujarat Mineral Development, Lonmin, Lubelski Wegiel Bogdanka, Norilsk Nickel, Nevsun Resources, New Hope, Peabody Energy, Potash Corp. of Saskatchewan, PT Timah, Rio Tinto plc, Rio Tinto Ltd., Southern Copper, Tahoe Resources, Vale, Vedanta Resources, Volcan Compañía Minera, Whitehaven Coal, Yanzhou Coal Mining, Zijin Mining
Parvest Equity World Energy		BP, Chevron, ConocoPhillips, Eni, ExxonMobil, Royal Dutch Shell
iShares Dow Jones Industrial Average UCITS ETF (DE)		Boeing, Caterpillar, Chevron, E.I. duPont de Nemours, ExxonMobil, General Electric, Johnson&Johnson, JPMorgan Chase, Merck & Co., United Technologies, Wal-Mart Stores
iShares MSCI Korea		E-Mart, Hanwha Corp., Hyundai Heavy Industries, Hyundai Motor, Korea Electric Power, KT&G, Orion, Posco, Posco Daewoo, Samsung
iShares DJ Global Titans 50 (DE)		Bank of America, BP, Chevron, CitiGroup, ExxonMobil, General Electric, Gilead Sciences, GlaxoSmithKline, HSBC, Johnson&Johnson, JPMorgan Chase, Merck&Co, Philip Morris, Royal Dutch Shell, Samsung, Sanofi, Wal-Mart Stores

¹ Für mehr Informationen zu der Riester-Recherche, diesen und vielen anderen Investmentfonds sowie den genannten Unternehmen besuchen Sie unsere Seite www.faire-rente.de.

Was Sie tun können!

Werden Sie aktiv – wir helfen Ihnen!

Sie haben immer die Wahl, Sie entscheiden! Niemand muss sein Geld bei Banken anlegen und es in (Altersvorsorge-) Finanzprodukte stecken, die „Dirty Profits“ auf Kosten von Mensch und Umwelt machen.

Viele Verbraucher sind laut repräsentativen Umfragen längst bereit, ihre Bank zu wechseln, wenn diese in Steuervermeidung (56 Prozent), Lebensmittelspekulation (56 Prozent), Rüstung (49 Prozent) und Atomkraft (40 Prozent) investiert. 72 Prozent der Befragten legen Wert darauf, dass Banken umfassend darüber berichten, wie sie ihre Gelder verwenden – Transparenz ist also gefragt!

Gehören auch Sie zu den Menschen, die

- ▶ sicher gehen möchten, dass ihr Geld sauber angelegt wird?
- ▶ ihre persönlichen Ersparnisse nicht für Unternehmen oder Projekte verwendet sehen wollen, die auf Kosten von Mensch und Umwelt Profite erzielen?

Gute Banken, schlechte Banken!?

Fühlen Sie Ihrer Bank auf den Zahn!

Grundsätzlich wichtig: Ihre Bank sollte über umfassende, transparente Ausschlusskriterien für die Finanzierung von und die Investition in kontroverse Geschäftsfelder und Unternehmen verfügen und somit Verstöße gegen international relevante soziale und ökologische Normen vermeiden.

Genau nachgeschaut: Ob Ihre Bank diesem Anspruch genügt, haben wir für Sie überprüft. Die ausführlichen Ergebnisse und Bewertungen deutscher Banken finden Sie auf unserer Website www.fairfinanceguide.de. Dort haben Sie auch die Möglichkeit sich direkt an Ihre Bank zu wenden, sich zu beschweren oder Verbesserungsvorschläge zu machen. Sie können natürlich auch Ihre Bank wechseln.

Rente gut, alles gut?

Prüfen Sie Ihre Riesterrente!

Haben Sie eine Riesterrente? Soll die Absicherung Ihres Lebensstandards von Menschenrechtsverletzungen, Kinderarbeit, Ausbeutung, Korruption, Umwelt- und Klimazerstörung oder Waffenhandel profitieren?

Wenn Sie dies nicht wollen, helfen wir Ihnen gern weiter. Wir haben für Sie die Nachhaltigkeit Ihrer fondsbasierten Riester-Versicherungen überprüft. Auf unserer Website www.faire-rente.de können Sie herausfinden, welche Riesterprodukte über ihre Investmentfondsbeteiligungen an 250 von uns ausgewählten kontroversen Unternehmen beteiligt sind – Unternehmen, die sich allesamt im Konflikt mit sozialen und ökologischen Standards befinden oder gegen Gesetze verstoßen.

Auf der Website können Sie auch aktiv werden und unsere Forderung nach einer Koppelung der Zertifizierung von Riesterprodukten und der staatlichen Subventionen für Altersvorsorgeprodukte an festgelegte, soziale und ökologische Mindeststandards unterstützen.

Impressum

Berlin, Februar 2017: Facing Finance e.V. fühlt sich einem nachhaltigen und verantwortungsbewussten Umgang mit finanziellen Ressourcen und damit den Menschenrechten sowie der Klima- und Ressourcen-gerechtigkeit verpflichtet. Wir wollen zu einer ökologisch, sozial und ökonomisch nachhaltigen Entwicklung von Gesellschaften beitragen und fordern eine umfassende Beachtung und eine wirksame Umsetzung international anerkannter Menschenrechts-, Arbeitsrechts- und Umweltstandards ein. Deshalb wirbt Facing Finance bei BankkundInnen und KleinsparerInnen, großen und kleinen InvestorInnen für die Berücksichtigung sozialer, ökologischer und ethischer Kriterien bei der Geldanlage.

Facing Finance strebt den höchsten Grad an Glaubwürdigkeit in seinen Publikationen an. Allerdings führt die mangelhafte Transparenz der Unternehmen und Finanzinstitutionen über ihre Geschäftsaktivitäten oftmals dazu, dass keine, lückenhafte oder unzureichende Informationen vorliegen. Aus diesem Grund kann dieser Bericht nur diejenigen Informationen widerspiegeln, die Facing Finance, seinen Partnerorganisationen und MitarbeiterInnen bekannt bzw. die öffentlich zugänglich sind. Wenn Sie der Ansicht sind, dass Ungenauigkeiten in unserem Bericht aufgetreten sind oder Sie zusätzliche Informationen bereitstellen können und möchten, dann kontaktieren Sie uns bitte unter folgender E-Mail-Adresse: kontakt@facing-finance.org.

Alle vollständigen Quellenangaben finden Sie in der englische Vollversion der Publikation DIRTY PROFITS 5 unter www.facing-finance.org

Herausgeber (V.i.S.d.P.)

Thomas Küchenmeister, geschäftsführender Vorstand,
Facing Finance e.V.,
Schönhauser Allee 141, Hinterhaus 2, 10437 Berlin

Projektkoordinatorin

Lesley Burdock

Layout:

Ole Kaleschke, Gestaltung – www.olekaleschke.de

Mit Dank an

Daniel Moser (Greenpeace)
Ellen Moore (Progressive Leadership Alliance of Nevada, PLAN)
Fidanka McGrath (CEE Bankwatch)
Gillian Dell (Transparency International)
Jen Moore (MiningWatch Canada)
Ruth Hopkins (Wits Justice Project)
Sheema Metha (EarthWorks Action)
Who Profits Research Center (Israel)
Matthias Kulcke

Titelbild

Verschmutztes VW Logo
© Villorojo/ Shutterstock

Facing Finance e.V. ist beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg im Vereinsregister unter der Nr. VR 32177B-1 eingetragen und als gemeinnützig anerkannt.

BITTE UNTERSTÜTZEN SIE UNSERE ARBEIT MIT EINER SPENDE!

Spendenkonto:

Kontoinhaber: FACING FINANCE e.V.

IBAN: DE91430609671147553800

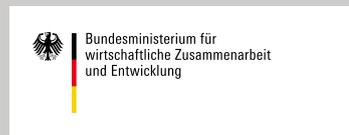
BIC: GENODEM1GLS

GLS-Bank

Gefördert von:



Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des



Für den Inhalt dieser Publikation ist allein Facing Finance e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Mit freundlicher Unterstützung von:





▲
Tabak kann tödlich sein – und auch Kinderarbeit enthalten!
Ein 11-jähriges Mädchen in Lombok, Indonesien,
bereitet Tabakblätter für die Trocknung vor.
© 2015 Marcus Bleasdale für Human Rights Watch